

**Dreimal für die Umwelt**

EU-BürgerInnen sollen mehr mitreden dürfen - zumindest, wenn es um Umweltpolitik geht. Die Kommission hat diese Woche drei Gesetzesvorschläge eingereicht, mit denen das so genannte Übereinkommen von Århus umgesetzt werden soll. Dieses Abkommen gewährt Zugang zu Umweltinformationen, ermöglicht die Beteiligung der Öffentlichkeit am umweltpolitischen Entscheidungsprozess und erlaubt es ihr, wegen Verstößen gegen Umweltschutzvorschriften vor Gericht zu ziehen. Es wurde bereits 1998 auf einer paneuropäischen Konferenz der Umweltminister im dänischen Århus angenommen - daher sein Name. Alle EU-Regierungen haben es unterzeichnet, es trat am 30. Oktober 2001 in Kraft.

EU-Organen werden demnach in Zukunft verpflichtet sein, Umweltinfos (zum Beispiel Daten über Luftverschmutzung) im Internet zu veröffentlichen. Die Kommission überlässt es in ihrem Vorschlag den Mitgliedstaaten, die Einzelheiten für die Umsetzung des Klagerechts in nationales Recht festzulegen. Es habe lange gedauert, bis die Kommission endlich ihren Vorschlag vorgelegt habe, so das Europäische Umweltbüro (EEB). Das Gesetzesprojekt gehe in die richtige Richtung, allerdings müsse die Bürgerbeteiligung nicht nur in Bezug auf Daten sondern auch auf politische Entscheidungen gewährleistet sein, kritisiert das EEB.

**Joint-Venture: USA-EU**

Wenn es um Sicherheit geht, klappt die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika. Als sich am vergangenen Mittwoch der US-Sicherheitssekretär Tom Ridge und der deutsche Innenminister Otto Schily in Berlin trafen, glichen sie ihre Positionen in Sachen biometrischer Pässe ab. Schily, einer der stärksten Befürworter der angeblich fälschungssicheren Dokumente, geht es diesbezüglich auf EU-Ebene zu langsam voran - hierin stimmt ihm sein amerikanischer Kollege zu. "Deutschland und die USA wollen hier eine führende Rolle spielen", kündigte Schily an. Erwünscht sei ein einheitlicher internationaler Standard, ergänzte Ridge. Reuters zufolge sollen sich die beiden auf zwei biometrische Merkmale für die elektronisch lesbaren Pässe geeinigt haben. Die datenschutzrechtlichen Bedenken einiger EU-Staaten nähmen die USA durchaus ernst, so Ridge. Sein Land hatte gefordert, dass die EU bis 2004 biometrische Pässe eingeführt haben muss, andernfalls bräuchten EU-BürgerInnen ein Visum für die Einreise in die USA.

**Glückliche Abschiebehäftlinge?**

Einer besonderen Form des Glücklicheins ist die Ombudsfrau für Kinderrechte, Marie Anne Rodesch-Henges, begegnet. Bei ihrem Besuch der Flüchtlinge im neu errichteten Sammelzentrum für abzuschubende Flüchtlinge (centre d'accueil intermédiaire en vue du départ assisté) will die Ombudsfrau "glückliche Kinder" beobachtet haben. Kein Wunder: Es gebe ja auch ausreichend Spielzeug und genügend Platz, begründete Rodesch das neu gefundene Glück der Kleinen im Gespräch mit RTL. Auch ein Arzt und eine Sozialhelferin stünden im von einer privaten Sicherheitsfirma abgeschirmten Bau zur Verfügung, erklärte die zuständige Fremdenkommissarin Christiane Martin.

Der Fernsehsender hat als erstes Medium Zutritt zum (leeren) Sammelzentrum erhalten (ein entsprechender Besuchsantrag der woxx vom August dieses Jahres wurde vom Justizministerium mehrfach abgelehnt), kritische Nachfragen stellten die RTL-Journalisten nicht. So konnte der Eindruck entstehen, dass das Zentrum, immerhin so etwas wie eine flughafennahe Variante der Abschiebehäftlinge, bei den Betroffenen "keinerlei Gefühl von Eingesperrt-Sein" auslöst. Und Luc Frieden? Der dürfte mit dieser harmlosen Art von Berichterstattung einer Repräsentantin der sonst so geschmähten Nichtregierungsorganisationen hoch zufrieden sein.

**15 JAHRE BIOLANDWIRTSCHAFT**

# Noch nicht erwachsen



*Für Pragmatismus plädierte Änder Schanck bereits vor drei Jahren, während des woxx-Streitgesprächs "Ass Öko out?" Zum 15. Geburtstag des Luxemburger Biolandbaus haben wir den Geschäftsführer der Bio-bauregenossenschaft befragt, wo die Bewegung heute steht.*

*(Foto: Christian Mosar)*

**woxx: 15 Jahre Biolandwirtschaft in Luxemburg: Ist der Ökolandbau jetzt raus aus den Kinderschuhen?**

**Änder Schanck:** Nein, wir stecken immer noch in den Kinderschuhen. Vor allem im Vergleich zu anderen Ländern sind wir immer noch relativ klein.

**Was war für Sie das einschneidendste Ereignis in dieser 15jährigen Geschichte?**

Mit am wichtigsten war 1992 die offizielle Anerkennung des Biolandbaus durch die EU-Verordnung. Noch zehn Jahre vorher hätte man nicht daran geglaubt, dass dies passieren könnte.

**1998 gab es in Luxemburg 25 Biobetriebe, heute sind es doppelt so viele. Dennoch lässt der Bioboom in Luxemburg auf sich warten. Wieso?**

Die Luxemburger Bauern sind eher pragmatisch. Rein ökonomisch gesehen ist es jedoch nicht unbedingt von Vorteil, auf Ökolandbau umzusteigen. Wir haben vor kurzem den Vergleich durchkalkuliert - wenn man alle Unterstützungen einrechnet, bekommt ein Biobauer pro Hektar kaum mehr Subventionen als ein konventioneller Landwirt. Das wissen viele nicht, doch es ist leider so.

**Das heißt, die Biobauern brauchen mehr Geld vom Staat?**

Ja - oder die Preise müssten anders kalkuliert werden. Wenn beispielsweise die Kosten, die durch Pestizidbelastung im Trinkwasser entstehen, von den Verursachern getragen werden müssten, dann würde deren Produktion automatisch teurer.

**Dann würden noch mehr Bauern in Luxemburg ihren Hof aufgeben.**

Eventuell. Oder es würden sich andere Preise auf dem Markt bilden.

**In den letzten fünf Jahren stieg der Bio-Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche von 0,6 auf zwei Prozent. Laut "plan national pour un développement durable" sollen es bis 2010 fünf Prozent sein. Das wird schwierig.**

Das wird in der Tat schwer. Erstens, weil der ökonomische Vorteil im Vergleich zum konventionellen Anbau kaum gegeben ist. Zweitens, weil von politischer Seite kaum Unterstützung kommt. Bestimmte Leute könnten ruhig mal die qualitativen Vorteile von Bioprodukten anpreisen. Ein solches Statement gab es aber in Luxemburg bislang nicht.

**Mit "Leuten" meinen Sie die Politiker?**

Ja, sie könnten gewissermaßen eine Lanze für den Ökolandbau brechen.

**Wieso ist die Lobby der Biobauern so schwach?**

Unsere Bauern sind eigentlich keine politisch denkenden Menschen. Die Verbände haben zu wenig Mitglieder, die sich engagieren. Man darf natürlich auch nicht vergessen, dass wir nur eine Minorität darstellen. Politisch gesehen stellen die Bauern in Luxemburg nur zwei Prozent der Bevölkerung dar, und davon sind wiederum nur zwei Prozent Biobauern. Immerhin: Was die Vermarktung angeht, wächst der Anteil am Gesamtumsatz kontinuierlich.

**Auch hier blieb jedoch der große Durchbruch bislang aus. Sind die Luxemburger KonsumentInnen besonders bio-skeptisch?**

Nein, ich glaube sogar, dass hierzulande vergleichsweise mehr Bioprodukte als in anderen Ländern konsumiert werden. Ein Beispiel: Bei Luxlait macht die Biomilch inzwischen sechs Prozent der Gesamtproduktion von Frischmilch aus. Auch im Gemü-

sebereich stellen wir immer wieder fest, dass die Kundschaft durchaus da ist. Hier müssen wir allerdings mindestens 50 Prozent importieren, die nationale Produktion reicht da nicht aus.

**Insgesamt werden vier Fünftel der Bioprodukte nach Luxemburg importiert. Der Biomarkt wird zunehmend globalisiert. Freut Sie das?**

Nein, nicht unbedingt. Man muss jedoch differenzieren. Orangen werden zum Beispiel zu 100 Prozent importiert, von der Milch werden 98 Prozent hier im Lande hergestellt. Es gibt Bereiche, da sind wir schwach.

Die vielfältige Joghurt-Palette ist heute nicht mehr aus dem Bioladen wegzudenken. Es wird jedoch noch lange dauern, bis unsere Molkereien dieses Angebot selbst herstellen können.

**Trotzdem sind in den Regalen der Bioläden zunehmend Produkte zu finden, die einige Flugkilometer auf dem Buckel haben. Wie aktuell ist heute noch der Spruch "Global denken, lokal handeln"?**

Ich sehe das nicht so eng. Natürlich müssen wir Bananen oder Orangen importieren - und im Sommer auch Äpfel. Heutzutage besteht die Biokundschaft nicht mehr ausschließlich aus Überzeugungstätern, für die etwa die Ökobilanz im Vordergrund steht.

Auf der anderen Seite ist die Überlegung, dass Produkte dann ökologischer sind, wenn sie regional hergestellt wurden, zuweilen falsch. Nehmen wir zum Beispiel konventionell angebauten Weizen: Er wird mit Stickstoff gedüngt, für dessen Herstellung es Erdöl bedarf. Mit derselben Menge Öl - wir haben das ausgerechnet - kann ich Bio-weizen bis zu 4.000 Kilometer weit transportieren. In diesem

Fall berücksichtigen wir natürlich nur die Energiebilanz.

**Müssen Luxemburger Biobauern die Konkurrenz aus dem Süden oder Osten fürchten?**

Ich glaube nicht. Vorausgesetzt, wir bringen es fertig, die entsprechenden Vermarktungsstrukturen aufzubauen.

**Bio bei McDonald's ist heute bereits in Schweden Realität. Moderne Biovermarkter sehen hier eine Chance für den Biomarkt. Prominente Bauernaktivisten wie José Bové bekämpfen den Fastfood-Riesen.**

Ich denke, grundsätzlich hat Bové Recht. Wir brauchen, um die Landwirtschaft hier zu erhalten, eine gewisse Regionalität. Wir können uns nicht mit Global Playern wie McDonald's oder Aldi anlegen. Denn dann müssen wir damit rechnen, dass ein solcher Konzern das Biofleisch dort einkauft, wo es am günstigsten ist.

**Gerade durch Großkonzerne könnte der Umsatz von Bio-Produkten doch entscheidend gesteigert werden.**

Sicher, doch das geht meiner Meinung nach in die falsche Richtung. Der Preisdruck auf unsere Bauern wird dadurch immer größer - und hier ziehen wir auf jeden Fall den Kürzeren.

**Ein Unternehmen wie McDonalds könnte Biobauern aus dem Süden interessante Absatzmöglichkeiten bieten.**

Die Frage ist: Wo führt das hin? Ich denke wirklich, dass wir darauf hinarbeiten sollten, unsere Landwirtschaft hier zu ökologisieren und auch regional zu vermarkten. Die Zusammenarbeit mit international agierenden Großkonzernen ist da eher bedenklich.

**In einem Interview mit dieser Zeitung zum 10-jährigen Jubiläum haben Sie behauptet, dass Biobetriebe hierzulande zu sehr einzeln vor sich hin wirtschaften - hat sich in den letzten fünf Jahren etwas getan?**

Ja, durchaus. Gerade durch das Ökozentrum Oikopolis gibt es heute in vielen Bereichen Kooperationen, die es damals nicht gab.

**Was muss Ihrer Meinung nach dringend passieren?**

Ich weiß, dass dies eher eine Illusion ist: Wichtig wäre, dass die Subventionen tatsächlich entsprechend den Leistungen verteilt würden und vor allem die Preise der landwirtschaftlichen Produkte die Wirklichkeit widerspiegeln. Hätten wir eine transparentere Preispolitik, dann wäre ich zuversichtlich, dass die Biolandwirtschaft sich schnell ausbreiten würde.

**Interview: Danièle Weber**